

Antrag an den Rat Nr. A-R/0071/2017



AfD-Ratsgruppe im Rat der Stadt Münster Warendorfer Str. 157 48145 Münster

## Antrag an den Rat

Der Rat möge beschließen

1. Der Rat der Stadt Münster lehnt die vom Land NRW für 2017 geplante Erhöhung des Anteils der Kommunen an der Krankenhausfinanzierung von 100 Millionen Euro ab.
2. Der Rat der Stadt Münster setzt sich über den Deutschen Städtetag in NRW und in Verbindung mit dem Städte- und Gemeindebund NRW und dem Landkreistag NRW dafür ein, dass eine finanzielle Belastung der Kommunen in NRW durch einen veränderten Ansatz zur Krankenhausfinanzierung im Rahmen eines Nachtragshaushalts des Landes NRW in 2017 ausgeschlossen wird.

Begründung. Das Land NRW plant die Verabschiedung eines Nachtragshaushalts. Ein Bestandteil ist eine Erhöhung des Ansatzes für die Krankenhausfinanzierung in Höhe von 250 Millionen Euro für das Jahr 2017. Hiervon soll das Land 150 Millionen Euro übernehmen und die Kommunen 100 Millionen.

Es ist eindeutig richtig, dass das Land hier Verantwortung übernimmt. Denn die Krankenhäuser in NRW sind in vielen Fällen sanierungsbedürftig. Die öffentlichen Investitionen in diesen Bereich müssen daher dringend aufgestockt werden.

Völlig unakzeptabel ist es aber, wenn die Kommunen in einem laufenden Haushaltsjahr durch das Land NRW mit weiteren Kosten belastet werden. Denn die Haushaltsbewirtschaftung für das Jahr 2017 läuft bereits. Das Jahr neigt sich bereits dem Ende zu. Der Spielraum der Kommunen Veränderungen im laufenden Haushalt vornehmen zu können ist daher äußerst gering.

Die Kommunen können eine höhere Beteiligung an den Kosten für die Krankenhausfinanzierung in diesem Jahr daher nur noch durch eine höhere Neuverschuldung auffangen.

Das Vorgehen des Landes ist daher abzulehnen. Die Stadt Münster setzt sich daher über den Deutschen Städtetag und in Verbindung mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Landkreistag dafür ein, dass das Land auf die Umlegung von 100 Millionen Euro als Kosten für Investitionen in die Sanierung von Krankenhäuser verzichtet.

gez.

Martin Schiller

Richard Mol